



## Pressekonferenz der AfD am 18. September 2017 in Berlin Konzeptpapier Islam

### Der Islam als politische Herausforderung

#### A. Bestandsaufnahme

##### 1. Der Islam gehört nicht zu Deutschland

Die Ausbreitung des Islams in Europa und eine zunehmende Islamisierung Deutschlands bedeuten eine eminente Herausforderung für die Staats- und Gesellschaftsordnung, die kulturelle Identität und den inneren Frieden unseres Landes. Um dieser Herausforderung zu begegnen, bedarf es einerseits einer nüchternen Bestandsaufnahme des Islams, andererseits einer klaren Orientierung an den Prinzipien einer freiheitlichen politischen Ordnung. Für die *Alternative für Deutschland* (AfD) sind dies die Prinzipien des modernen säkularen, freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates, der den Grundrechten verpflichtet ist und der über religiösen Geboten steht.

Mit diesem Staatsverständnis ist der orthodoxe Islam auf den Grundlagen von Koran und Sunna nicht vereinbar. Der Islam kennt die Trennung von Staat und Religion nicht. Er stellt das religiöse Recht der Scharia über das rein weltliche Recht. Dem entspricht, dass die 1990 von islamischen Staaten verabschiedete Kairoer Erklärung über Menschenrechte im Islam alle dort aufgeführten „Rechte und Freiheiten“ unter den Primat der Scharia (Art. 24 und 25) stellt.<sup>1</sup>

Die Scharia, basierend auf dem Koran und der Sunna (dem „Beispiel“ des als Vorbild verehrten Propheten Mohammed), regelt sämtliche Lebensbereiche einer islamischen Gesellschaft und erhebt damit auch einen politischen Anspruch. Gerade weil der Islam auch eine politische Doktrin ist, verbietet es sich, ihn allein unter dem Gesichtspunkt der Religionsfreiheit zu betrachten.

Als politische Doktrin ist der Islam mit einer freiheitlichen Staatsordnung unvereinbar. Insofern gehört er nicht zu Deutschland.

So ist dem Islam beispielsweise die Religionsfreiheit fremd. Apostasie, der Abfall vom Islam, gilt als todeswürdiges Verbrechen. Sogenannte Ungläubige sind im Dschihad zu bekämpfen. Ausdrücklich fordern mehrere Koranverse zur Tötung der „Ungläubigen“ auf. Die „Schriftbesitzer“ (Christen und Juden) werden nach islamischer Lehre im islamischen Herrschaftsbereich als Menschen minderen Rechts (Dhimmis) geduldet. Dazu haben sie sich zu unterwerfen und die „Schutzsteuer“ zu entrichten. Von Anfang an ist dem Islam

---

<sup>1</sup> Die Kairoer Erklärung ist ein staatlich-politisches, kein religiöses Dokument. Es wurde von den damals 45 Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz (heute: Organisation für Islamische Zusammenarbeit) unterzeichnet, der zurzeit 56 Staaten angehören.

eine tiefe Judenfeindschaft eigentümlich. Die Geschlechter sind nicht gleichberechtigt, die Männer stehen über den Frauen, und Homosexualität ist ein Verbrechen.

All diese Lehren sind Bestandteile des „Mainstream“-Islams und nicht Erfindungen eines hiervon zu unterscheidenden Islamismus. Daher ist auch die oft praktizierte Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus, die letzteren als „Missbrauch“ der islamischen Religion ausweisen will („Das hat nichts mit dem Islam zu tun“), abzulehnen. „Islamistische“ Rhetorik und Taten, Gewalt und Terror wurzeln im Koran und den Lehren des Islams.<sup>2</sup>

Demgegenüber stellen der „Euro-Islam“ oder ein liberaler Reformislam, die ein säkulares Politikverständnis befürworten, Projekte einer verschwindend kleinen Minderheit von Muslimen dar. Diese sollten in ihrem Bestreben, einen aufgeklärten Islam zu etablieren, unterstützt werden. Es bleibt aber ein Faktum, dass sie für die von den allermeisten Muslimen geteilte Lesart des Islam nicht repräsentativ sind und sich ein „Euro-Islam“ absehbar nicht durchsetzen wird.

## 2. Symptome der Islamisierung Deutschlands

Im Zuge der Ausbreitung des Islams sind bedenkliche Veränderungen unserer Gesellschaft längst unübersehbar. Sie sind Ausdruck mangelnder Integrationswilligkeit des expandierenden Islams und stellen unsere Rechtsordnung und kulturelle Identität infrage.

- In mehreren Großstadtvierteln haben sich bereits islamische „Parallelgesellschaften“ etabliert. Die deutsche Sprache wird dort zur Verständigung nicht gebraucht. Sogenannte Friedensrichter schlichten nach der Scharia Streitfälle aller Art vom Vermögensdelikt bis zum Mord und unterlaufen damit das staatliche Strafverfolgungs- und Rechtsprechungsmonopol.
- In hunderten von Moscheen in Deutschland<sup>3</sup> predigen Imame aus dem Ausland. Allein die Türkei entsendet in die über 900 DITIB-Moscheen Imame, die türkische Staatsbeamte sind. Eine Moschee ist indes nicht einfach ein Gotteshaus, sondern ein multifunktionales Gebäude, dem auch eine politische Funktion zukommt. Was dort geschieht, entzieht sich weitgehend der Kenntnis deutscher Behörden. Dass aber beispielsweise der lange Arm des türkischen Staates über die Moscheen auch politisch in Deutschland wirkt, liegt auf der Hand.
- Es gibt eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden, die sich als Vertreter der Muslime in Deutschland verstehen; eine von den Muslimen allgemein anerkannte, verbindlich entscheidende Autorität existiert indes nicht.<sup>4</sup> Unter den Verbänden finden sich auch diverse verfassungsfeindliche Organisationen, die von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden. Hierzu zählen z.B. die Milli-Görüs-Bewegung (IGMG), die Muslimbruderschaft (MB), die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD). Deren

---

<sup>2</sup> Der türkischstämmige Schriftsteller Zafer Şenocak erklärt: „Der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran“; <https://www.welt.de/politik/article1500196/Der-Terror-kommt-aus-dem-Herzen-des-Islam.html> vom 29.12.2007.

<sup>3</sup> Weder zur Anzahl von Moscheen in Deutschland noch zur Anzahl von Muslimen existieren zuverlässige Statistiken. Siehe zu dieser erstaunlichen Tatsache Constantin Schreiber, *Inside Islam. Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird*, Berlin 2017, S. 32-37.

<sup>4</sup> Der „Koordinationsrat der Muslime in Deutschland“, der sich als Hauptansprechpartner der Politik versteht, vertritt nur ca. 15 Prozent der Muslime. Mitglieder sind die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ).

Aktivitäten reichen vom „legalistischen Islamismus“, der für seine verfassungsfeindlichen Ziele unsere Gesetze ausnutzt, bis zum Salafismus.

- Die Ausbreitung des Islams in Deutschland geht mit einem massiven Anwachsen des muslimischen Antisemitismus einher, von dem sich Juden in Deutschland zunehmend bedroht fühlen.<sup>5</sup> Dieser Antisemitismus ist kein verstoßen artikulierter, sondern macht sich im öffentlichen Raum breit, wo ihm die deutsche Politik weithin wort- und tatenlos zuschaut.<sup>6</sup>
- Eheschließungen von Muslimen werden auch in Deutschland vielfach von Imamen ohne standesamtliche Trauung vollzogen. So wird Zwangsheiraten, Polygamie, Verwandten- und Kinderehen Vorschub geleistet, auch wenn sie nach deutschem Recht verboten sind.
- Im öffentlichen Raum ist die islamische Vollverschleierung mit dem Niqab oder der Burka immer häufiger zu sehen. Diese Kleidungsstücke sind Symbole für die Ungleichbehandlung, Bevormundung und Unterdrückung von Frauen. In einem republikanischen Gemeinwesen aber begegnen sich die freien und gleichen Bürger mit offenem Antlitz.
- Selbstzensur unter Journalisten und Künstlern greift um sich, wo es um das Thema Islam geht. Während zum Beispiel alles und jedes zum Gegenstand von Satire gemacht wird, breiten Kabarettisten und „Comedians“ über islamische Anschauungen und Gepflogenheiten lieber den Mantel des Schweigens – ist doch bekannt, dass zum Beispiel die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen mit einem gewaltsamen Tod enden kann. Es ist diese Art „freiwilliger“ Selbstaufgabe, die der französische Autor Michel Houellebecq in seinem Roman *Unterwerfung* beschrieben hat – anspielend auf das Wort „Islam“, das übersetzt „Unterwerfung“ (unter Allahs Gebote) bedeutet. Hierher gehört auch die Umbenennung von Weihnachtsmärkten in „Wintermärkte“ oder von Martinsfesten in „Lichterfeste“. Selbst behördliche Zensur aus vermeintlicher Rücksichtnahme gegenüber dem Islam gehört schon zur deutschen Tagesordnung.<sup>7</sup>

## **B. Positionen der *Alternative für Deutschland* zum Islam**

Das Bundestagswahlprogramm der AfD formuliert die wichtigsten Positionen der *Alternative für Deutschland* zum Umgang mit dem Islam in Deutschland. Diese Positionen basieren auf der Überzeugung, dass ein Islam als religiös-politische Doktrin, der unsere Gesellschaftsordnung ablehnt und unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und der einen politischen Herrschaftsanspruch erhebt, mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar ist. Dem steht nicht entgegen, dass die Mehrheit der Muslime in Deutschland rechtstreu und integriert lebt und Teil

---

<sup>5</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/antisemitismus-bericht-juden-in-deutschland-fuehlen-sich-von-muslimen-bedroht-14985624.html> vom 24.04.2017.

<sup>6</sup> So etwa bei der alljährlichen Al-Quds-Demonstration in Berlin, siehe <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article165889363/Die-Verlogenheit-der-muslimischen-Demonstranten.html> vom 23.06.2017.

<sup>7</sup> Siehe Ricarda Breyton, Rathaus entfernt Bilder, um „keine Gefühle zu verletzen“, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article154664819/Rathaus-entfernt-Bilder-um-keine-Gefuehle-zu-verletzen.html> vom 22.04.2016.

unserer Gesellschaft ist. Es ist das Anliegen der AfD, die Entstehung und Ausbreitung von islamischen Parallelgesellschaften zu verhindern, die sich in unserem Land, aber jenseits unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung einrichten. Vor diesem Hintergrund seien folgende Forderungen betont:

- Verfassungsfeindlichen Vereinen muss der Bau und Betrieb von Moscheen untersagt sein. Einer gegen unsere Rechtsordnung gerichteten politisch-religiösen Radikalisierung von Muslimen in Moscheen muss entschieden entgegengewirkt werden.
- Moscheegemeinden müssen die Herkunft ihrer Finanzen offenlegen. Eine Finanzierung von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner soll unterbunden werden, weil eine Einflussnahme von außen die Anpassung an unsere Gesellschaft behindert und die Loyalität zu unserem Staat gefährdet, wie am Beispiel der vom türkischen „Amt für religiöse Angelegenheiten“ (Diyanet) gesteuerten DITIB zu sehen ist.
- Wir fordern auch die Einführung einer Registrierungspflicht für Moscheevereine, damit der deutsche Staat Kenntnis davon bekommt, welche und wie viele Moscheevereine/Moscheen existieren.
- Die AfD lehnt das Minarett als islamisches Herrschaftszeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich hier um den Ausdruck eines religiösen Imperialismus. Letzteres gilt auch für die Namensgebung mancher Moscheen. Eine Reihe von Moscheen in Deutschland tragen den Namen Sultan Mehmeds II., des Eroberers („Fatih“) von Konstantinopel. Die Benennung von Moscheen nach muslimischen Kriegsherren und Eroberern lehnen wir ab.
- Imame müssen sich vorbehaltlos zu unserem Grundgesetz bekennen. Ihre Predigten sollen in deutscher Sprache gehalten werden.
- Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen einer bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.
- Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen. Die Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Gleichwertigkeit der Religionen, welche das Staatskirchenrecht verlangt, sind dem Islam fremd, weshalb er bereits zentrale rechtliche Voraussetzungen für den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft nicht erfüllt.
- Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst. Im öffentlichen Dienst soll auch kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen. Der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann.
- Die AfD verlangt, eine standesamtliche Eheschließung vor jeder religiösen Trauung rechtlich wieder für verbindlich zu erklären. Das Verbot der religiösen Voraustrauung, etwa durch Imame, soll wieder in Kraft gesetzt werden. Im Ausland geschlossene Ehen gemäß dem Familienrecht der Scharia, die gegen unsere Gesetze und unsere Moralvorstellungen verstoßen, sollen in Deutschland rechtlich nicht anerkannt werden.
- Der Terror, der im Namen des Islams ausgeübt wird und der Deutschland längst erreicht hat, muss mit Entschiedenheit bekämpft werden. Hierzu gehört nicht zuletzt,

dass der Radikalisierung junger Muslime in Moscheen, Jugendtreffs und in sozialen Netzwerken besser entgegengewirkt werden muss. Neben entsprechender Aufklärungsarbeit ist die Unterbindung und strafrechtliche Verfolgung jeglicher Dschihadpropaganda gefordert. Außerdem müssen unsere Grenzen endlich wieder gesichert werden. Es darf kein weiteres Einsickern von Terroristen beispielsweise des IS auf dem Weg des Migrantstroms nach Deutschland geben. Wenn ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen nicht gewährleistet werden kann, muss Deutschland seine eigenen Grenzen selbst kontrollieren. Rückkehrer vom IS müssen bei zuvor erfolgter Ausweisung an der Grenze zurückgewiesen werden. Asylbewerber ohne gültige Papiere sind abzuweisen, Ausreisepflichtige abzuschicken, wie es das Recht fordert. Die Aktivitäten und Kommunikation von sog. Gefährdern müssen bestmöglich überwacht werden. Der Kampf gegen den Terror fordert zugleich eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich von Polizei und Geheimdiensten und den Austausch der relevanten Daten zwischen den Behörden.